

Ulrich Laute **Kolumbien**
nach dem Wahlsieg
von Alvaro Uribe Vélez

Neuer kolumbianischer Staatspräsident wird Alvaro Uribe Vélez. Der liberale Dissident und frühere Gouverneur des Departements Antioquia errang bei den Präsidentschaftswahlen vom 26. Mai bereits im ersten Wahlgang die erforderliche absolute Mehrheit. Dieser Erdruschsieg ist in erster Linie als Votum für eine entscheidende Bekämpfung von Gewalt und Terrorismus zu werten, die Uribe in den Mittelpunkt seines Wahlprogramms gestellt hat. Darüber hinaus verbindet sich mit dem Amtsantritt des neuen Präsidenten die Hoffnung auf eine Reform der politischen Institutionen und die Fortsetzung der wirtschaftlichen Konsolidierungspolitik.

Aus den Präsidentschaftswahlen in Kolumbien ist der unabhängige liberale Kandidat Alvaro Uribe Vélez als klarer Sieger hervorgegangen. Mit 53,0 Prozent der Stimmen¹⁾ konnte er bereits im ersten Wahlgang die erforderliche absolute Mehrheit erringen und damit eine Stichwahl gegen seinen schärfsten Konkurrenten, den offiziellen Präsidentschaftskandidaten der Liberalen Partei, Horacio Serpa, vermeiden. Serpa musste sich mit 31,7 Prozent klar geschlagen geben. Er gestand noch am Wahlabend seine Niederlage ein und kündigte an, künftig keine öffentlichen Ämter mehr anzustreben. Auch die Führung der Liberalen Partei wolle er in nächster Zeit an einen Nachfolger übergeben. Auf den dritten Platz kam mit 6,2 Prozent der Bewerber der demokratischen Linken, Luis Eduardo Garzón, der damit die unabhängige Kandidatin Noemí Sanín (5,8 Prozent) knapp überflügelte. Der Stimmenanteil der übrigen sieben Kandidaten, darunter der von den FARC entführten Ingrid Betancourt (0,5 Prozent), blieb weit unter einem Prozent und ist damit für das künftige innenpolitische Kräfteverhältnis ohne Bedeutung.

Angesichts einer beispiellosen Verschlechterung der Sicherheitslage und des drohenden Zusammenbruchs der öffentlichen Ordnung in weiten Teilen des Landes erhielten die Präsidentschaftswahlen den Charakter einer Richtungswahl. Vor diesem Hintergrund ist das Wahlergebnis als klares Votum für Uribes politisches Programm zu werten, in dessen Mittelpunkt die Wiederherstellung der legitimen

Autorität des Staates und die entschiedene Bekämpfung der Gewalt standen. Darüber hinaus markiert der Sieg des liberalen Dissidenten aber auch eine empfindliche Niederlage der traditionellen Parteiapparate, die nicht ohne Folgen für die künftige Entwicklung der kolumbianischen Parteienlandschaft bleiben wird.

■ **Wahlkampf unter den Bedingungen des bewaffneten Konflikts**

Die Wahlen standen ganz im Zeichen der Zuspitzung des seit fast 40 Jahren währenden bewaffneten Konflikts und einer kontinuierlichen Eskalation der von Guerilla und paramilitärischen Gruppen verübten Gewaltakte. Der von der Regierung Pastrana im Jahre 1998 begonnene Friedensprozess mit der größten Guerillaorganisation FARC („Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens“)²⁾ scheiterte im Februar an deren mangelndem Friedenswillen. Trotz weit reichender einseitiger Zugeständnisse der Regierung hatten die FARC während der über drei Jahre geführten Friedensgespräche nicht die geringste Bereitschaft zur Einhaltung humanitärer Mindeststandards erkennen lassen. Stattdessen nutzten sie die für die Friedensgespräche entmilitarisierte Zone im Süden Kolumbiens zur massiven militärischen Aufrüstung und für kriminelle Handlungen, darunter Zwangsvertreibungen, die Verschleppung von Entführungsoptionen und Drogenanbau. Anstatt über einen Waffenstillstand zu verhandeln, wie kurz zuvor mit der Regierung vereinbart, löste die Guerilla Anfang des Jahres eine neue Terrorwelle aus, der allein in den Monaten Januar und Februar mehr als 20 Zivilisten zum Opfer fielen. Nachdem am 20. Februar ein Verkehrsflugzeug entführt und der sich darin befindende Präsident der Friedenskommission des Senats von den FARC verschleppt wurde, blieb der Regierung keine andere Wahl, als den Friedensprozess zu beenden – eine Entscheidung, die von großer Zustimmung in der öffentlichen Meinung getragen war.³⁾

Wie nicht anders zu erwarten, antworteten die FARC auf den Abbruch der Friedensgespräche mit einer weiteren Eskalation des Terrorismus, der sich zunehmend gegen Ziele in den städtischen Ballungsräumen richtete. Neben systematischen Anschlägen

1) Die hier angegebenen Wahlergebnisse stützen sich auf die Angaben der staatlichen Wahlbehörde. Vgl. die Homepage <http://www.registraduria.gov.co>.

2) Die 1964 gegründeten, ihrem Ursprung nach orthodox kommunistischen FARC bilden mit mehr als 16 000 Kämpfern die zahlenmäßig größte Guerillaorganisation. Ihnen folgt das ELN („Nationales Befreiungsheer“) mit etwa 4000 Kämpfern.

3) Zum Abbruch des Friedensprozesses vgl. auch International Crisis Group (ICG), „Colombia's elusive quest for peace“, *Latin America Report* N° 1, 26.3.2002, S.26–28.

- 4) Die Explosion einer Autobombe in Villavicencio, der östlich von Bogotá gelegenen Hauptstadt des Departements Meta, kostete am 7. April 2002 zwölf Menschen das Leben, weitere 67 wurden verletzt. Bei Bombenanschlägen in Bogotá wurden nur zwei Tage später vier Personen, darunter ein Kind, zum Teil schwer verletzt. Vgl. hierzu den Artikel „El silencio de los inocentes“ in *Cambio*, 15.4.2002.
- 5) Eine differenzierte Darstellung der Hintergründe des Massakers von Bojayá und der Verantwortung der einzelnen Akteure enthält der Bericht des Repräsentanten des UN-Hochkommissars für Menschenrechte, Anders Kompass. Vgl. *El Tiempo*, 22.5.2002.

auf Verkehrsinfrastruktur und Stromversorgung kam es zu mehreren Sprengstoffsattentaten u.a. in Bogotá und Villavicencio mit einer hohen Zahl von Verletzten und Todesopfern.⁴⁾

In zahlreichen Regionen verschärfen sich die Auseinandersetzungen zwischen den FARC und den ultrarechten paramilitärischen Gruppen („Vereinigte Selbstverteidigungsgruppen Kolumbiens“ – AUC) und damit auch die von diesen Organisationen begangenen Gewaltakte gegen die Zivilbevölkerung. Zu einem bisher beispiellosen Massaker kam es am 2. Mai 2002 in der Ortschaft Bojayá (Departement Chocó), als ein von den FARC gezündeter, mit Splittern und Sprengstoff gefüllter Gaszylinder in einer Kirche einschlug, in der mehr als 300 Zivilisten Schutz vor den Kämpfen zwischen Guerilla und Paramilitärs suchten. 119 Menschen, darunter mindestens 48 Kinder, fanden dabei den Tod, weitere 114 wurden verletzt.⁵⁾

Unter diesen Umständen war der diesjährige Präsidentschaftswahlkampf wie kaum eine Wahlkampagne zuvor von Drohungen, Einschüchterungsversuchen und Gewaltakten der illegalen bewaffneten Gruppen betroffen, welche bereits öffentliche Wahlkampfauftritte zu einem unkalkulierbaren Sicherheitsrisiko für die Kandidaten machten. Die unabhängige Präsidentschaftskandidatin Ingrid Betancourt befindet sich seit ihrer Entführung vor mehr als drei Monaten in der Gewalt der FARC. Alvaro Uribe entging Mitte April nur knapp einem Mordanschlag der Guerilla in der Hafenstadt Barranquilla, drei Menschen wurden dabei getötet. Nach diesem Anschlag schränkten alle Kandidaten ihre öffentlichen Wahlkampfauftritte stark ein und konzentrierten sich vor allem auf Werbesendungen in den Medien.

Darüber hinaus versuchten sowohl die Guerillaorganisationen FARC und ELN als auch die ultrarechten paramilitärischen Gruppen mit Bedrohungen und Einschüchterungen Einfluss auf das Wahlergebnis zu nehmen. Während die AUC in den von ihnen kontrollierten Gebieten massiven Druck zugunsten Uribes ausübten, versuchten die FARC in ihren Einflussgebieten eine Stimmabgabe für Uribe nach Kräften zu verhindern. Von beiden Gruppen wurden dabei Morddrohungen und andere kriminelle Methoden eingesetzt, die eine ernste Bedrohung der Meinungsfreiheit darstellten.

■ Plebiszit gegen die Gewalt

In den Tagen vor der Wahl verstärkten die bewaffneten Gruppen ihre Terror- und Sabotageakte. Anschläge der FARC richteten sich vornehmlich gegen die Verkehrsinfrastruktur und die Stromversorgung und hatten u.a. einen mehrtägigen Stromausfall an Teilen der Atlantikküste und im Departement Arauca (Nordostkolumbien) zur Folge, der erst am Wahltag selbst weitgehend behoben werden konnte. Die strategisch wichtige Straßenverbindung zwischen der Atlantikküste und der Region Antioquia mit der Wirtschaftsmetropole Medellín wurde durch eine Brückensprengung des ELN unterbrochen. In dem Departement Caquetá fiel ein Bürgermeister einem Mordanschlag zum Opfer, der allem Anschein nach auf das Konto paramilitärischer Gruppen geht.

Vor dem Hintergrund dieser Gewalteskalation ist es als Erfolg zu werten, dass es am Wahltag selbst – dank rigoroser Sicherheitsvorkehrungen und einer massiven Präsenz der Streitkräfte – nur zu verhältnismäßig geringen Störungen kam. Nach Angaben des Innenministeriums konnten die Wahlen in fünf der mehr als 1100 Gemeinden wegen der Entwendung oder Vernichtung der Stimmzettel durch die Guerillagar nicht erst begonnen werden. In einigen ländlichen Regionen führten Überfälle auf Dörfer, Sprengstoffanschläge, Entführungen und Blockaden der Straßenverbindungen zu teilweise massiven Beeinträchtigungen, zwei Zivilisten fielen Gewaltakten der illegalen bewaffneten Gruppen zum Opfer. Dagegen verlief der Wahlprozess nach offiziellen Angaben in etwa 95 Prozent der Gemeinden und damit im überwiegenden Teil des Landes weitgehend störungsfrei.

Die Wahlbeteiligung lag allerdings mit rund 47 Prozent deutlich unter dem entsprechenden Wert von vor vier Jahren, was allem Anschein nach vor allem auf die kritische Sicherheitslage und den Druck der bewaffneten Gruppen zurückzuführen ist. Besonders gering war die Wahlbeteiligung in den von den FARC dominierten Regionen im Süden des Landes, wie z.B. dem Departement Caquetá, wo nur rund ein Viertel der Wahlberechtigten von ihrem Stimmrecht Gebrauch machten. Bemerkenswert ist dabei jedoch, dass Uribe gerade in den Regionen mit starker

Guerillapräsenz überwältigende Wahlsiege erringen konnte, umgekehrt aber in Hochburgen der AUC wie Córdoba und Urabá weniger Stimmen erhielt als Horacio Serpa. Damit gelang es weder der Guerilla noch den paramilitärischen Gruppen, in den von ihnen dominierten Gebieten maßgeblichen Einfluss auf das Wahlergebnis zu nehmen. Zumindest teilweise lässt sich das Wahlergebnis in den stark von dem bewaffneten Konflikt betroffenen Regionen damit geradezu als Plebiszit gegen die von Guerilla und Paramilitärs ausgehende Gewalt interpretieren.

Vor allem für die FARC, die zu einem Wahlboykott aufgerufen hatten, bedeuten Verlauf und Ergebnis der Präsidentschaftswahlen eine schwere politische Niederlage. Weder haben sie den Wahlverlauf entscheidend stören können, noch ist es ihnen gelungen, die Wahl Uribes bereits im ersten Wahlgang zu verhindern. Dass Uribe aber sogar in den von ihnen militärisch dominierten Gebieten klare Mehrheiten gewinnen konnte, zeigt das Ausmaß der Verbitterung, das gerade in diesen Regionen über die Gewaltakte der FARC besteht. In eindrucksvoller Weise macht dieses Ergebnis deutlich, dass die FARC auch bei den Bevölkerungsgruppen, für die sie zu kämpfen vorgeben, jede Unterstützung verloren haben und damit nicht die geringste politische Legitimität mehr beanspruchen können.⁶⁾

6) Bereits im Februar hatte die Zeitschrift *Cambio* den plötzlichen Stimmungsumschwung zugunsten Uribes als „Aufstand gegen die FARC“ interpretiert. Vgl. *Cambio*, 4.2.2002. Zu dem Legitimitätsverlust der Guerilla vgl. Eduardo Pizarro Leongómez, „Colombia: situación actual y perspectivas futuras de un país en conflicto. Un desafío para la cooperación de Europa“, *Europa y América Latina: Análisis e Informaciones* N°4, 11 / 2001, S. 20–22.

Erdrutschsieg für Uribe

Der Sieg Uribes fiel insgesamt noch deutlicher aus, als die letzten Meinungsumfragen vor der Wahl erwarten ließen. Erstmals seit Einführung des zweiten Wahlgangs durch die Verfassung von 1991 wurde ein Kandidat zum Präsidenten gewählt, ohne sich einer Stichwahl stellen zu müssen. In allen Landesteilen – mit Ausnahme der Atlantikküste, einer traditionellen Hochburg der Liberalen Partei – errang Uribe erdrutschartige Wahlsiege. Ausschlaggebend für seinen Erfolg bereits im ersten Wahlgang war dabei in erster Linie das Ergebnis in den großen städtischen Ballungsräumen Bogotá, Medellín und Cali, wo er auf deutlich mehr als 55 Prozent der Stimmen kam.

Eindrucksvoll ist der Wahlerfolg Uribes vor allem, wenn man berücksichtigt, dass er erst seit seinem

Durchbruch in den Meinungsumfragen Anfang 2002 auf nennenswerte Unterstützung von Teilen der etablierten Parteiapparate zählen konnte. Obwohl selbst durchaus ein Vertreter des klassischen liberalen Parteiestablishments, setzte Uribe bei seiner Kampagne auf Distanz zu den traditionellen politischen Parteien. Stattdessen verfolgte er eine Strategie, deren Kern die Vermittlung einer klaren und leicht verständlichen politischen Botschaft war: Wiederherstellung der staatlichen Autorität und entschiedene Bekämpfung der Gewalt. Uribe machte sich damit zum Wortführer der in der Bevölkerung vorherrschenden Stimmung, die angesichts der dramatischen Verschlechterung der Sicherheitslage und des erfolglosen Friedensprozesses mit den FARC eine „Politik der harten Hand“ verlangte. In diesem Sinne war mit Urbes Wahlsieg zugleich ein neuer Stil politischen Marketings erfolgreich, der weniger auf der Unterstützung durch traditionelle Parteistrukturen als auf einer modernen Kommunikationsstrategie beruhte, durch die der Kandidat die vorherrschende politische Grundstimmung für sich gewinnen konnte.

Die Niederlage des liberalen Präsidentschaftskandidaten Horacio Serpa muss dagegen als Absage an die traditionelle politische Klasse und einen nicht mehr zeitgemäßen, caudillistischen Politikstil gewertet werden. Wie kaum ein anderer Politiker wirkte Serpa als Repräsentant einer verkrusteten politischen Klasse, als „letzter Mohikaner“ des liberalen Parteiestablishments, wie ihn die Zeitschrift *Semana* in ihrer letzten Ausgabe vor der Wahl charakterisierte.⁷⁾ Sein – durchaus nicht unbedeutender – Stimmenanteil entspricht in etwa seinem Ergebnis bei den Präsidentschaftswahlen vor vier Jahren, bei denen er in der Stichwahl dem heutigen Staatspräsidenten Pastrana unterlag. Offenbar gelang es Serpa, die Stammwählerschaft der Liberalen Partei zu mobilisieren, ohne allerdings Erfolg bei den nicht parteigebundenen Wählern zu haben, die in den städtischen Ballungsräumen inzwischen die Mehrheit stellen. Programmatisch konnte sich Serpa weder als angeblicher „Kandidat des Friedens“ noch mit seiner plakativen sozialpopulistischen Rhetorik als glaubwürdige Alternative zu Uribe profilieren. Auch seine wenig überzeugenden Versuche, Uribe Verbindungen zu paramilitärischen Gruppen zu unterstellen und damit

7) Vgl. *Semana*, 20.5.2002.

persönlich zu diskreditieren, kosteten Serpa Sympathien vor allem bei Wechselwählern.

Der Kandidat der unabhängigen Linken, Luis Eduardo Garzón, blieb mit einem Stimmenanteil von 6,2 Prozent hinter den Erwartungen zurück. Dies ist vermutlich u.a. auf eine verstärkte Polarisierung zwischen Serpa und Uribe in der letzten Woche vor der Wahl zurückzuführen, welche die übrigen Kandidaten Stimmen kostete. Trotzdem ist das Abschneiden Garzóns als Achtungserfolg zu werten, zumal er die unabhängige Kandidatin Noemí Sanín knapp überflügeln konnte. Es bleibt abzuwarten, ob dieses Wahlergebnis eine ausreichende Grundlage für die Konsolidierung der unabhängigen Linken als eigenständige politische Kraft bildet, welche für die Erneuerung des kolumbianischen Parteiensystems insgesamt von großer Bedeutung wäre.

Wie erwartet hat Noemí Sanín, die ursprünglich aus dem konservativen Spektrum stammende unabhängige Präsidentschaftskandidatin, eine klare Niederlage erlitten. Sanín, die noch Anfang 2001 an der Spitze der Meinungsumfragen gelegen hatte, musste sich mit nurmehr 5,8 Prozent begnügen. Die wesentliche Ursache für den dramatischen Einbruch ihrer Popularität dürfte in ihrer mangelnden politischen Profilierung in der Frage der inneren Sicherheit bestehen. Angesichts eines Wahlkampfes, der fast völlig von diesem Thema beherrscht wurde, verlor die vor allem auf die Erneuerung der politischen Kultur ausgerichtete Kampagne Saníns kontinuierlich an Unterstützung. Die politische Karriere Saníns dürfte mit diesem Wahlergebnis beendet sein, zumal sie über keine nennenswerte Machtbasis im Kongress verfügt. Es ist allerdings denkbar, dass einzelne Politiker aus dem Umfeld Saníns Funktionen in der Regierung Uribe übernehmen werden.

Das Abschneiden der übrigen, zum Teil kaum bekannten Kandidaten ist für die künftige politische Machtkonstellation nicht relevant. Symbolische Bedeutung kommt lediglich dem Ergebnis von Ingrid Betancourt (0,5 Prozent) zu, die im Februar von den FARC entführt wurde. Allein die Tatsache, dass sich eine Präsidentschaftskandidatin am Wahltag in der Gewalt der Guerilla befindet, macht deutlich, in welcher kritischer Situation sich die demokratischen Institutionen Kolumbiens derzeit befinden.

■ Mit Pragmatismus und Zielstrebigkeit ins höchste Staatsamt

Der neu gewählte Präsident Kolumbiens wurde 1952 in Medellín geboren und stammt aus einer traditionellen Familie der Region Antioquia. Nach dem mit Auszeichnung abgeschlossenen Studium der Rechtswissenschaften an der Universidad de Antioquia begann Uribe bereits frühzeitig eine zielstrebige politische Laufbahn, in deren Verlauf er u.a. Direktor der zivilen Luftfahrtbehörde (1980–1982) sowie Stadtrat und Bürgermeister von Medellín war, bevor er 1986 in den Senat gewählt wurde. Als Senator war er maßgeblich an zentralen sozialpolitischen Gesetzesvorhaben wie der Reform des Arbeitsrechts und der Sozialversicherungssysteme beteiligt. Innerhalb der Liberalen Partei fiel Uribe lange Zeit nicht unbedingt als Dissident auf. Er stand den Staatspräsidenten López Michelsen (1974–1978) und Julio César Turbay (1978–1982) nahe und unterstützte in der Wahlkampagne von 1994 den späteren Präsidenten Ernesto Samper.

Ihren vorläufigen Höhepunkt erreichte die Karriere Uribes mit seiner Wahl zum Gouverneur von Antioquia im Jahre 1995. Zu den unbestrittenen Erfolgen seiner Amtszeit gehören Investitionen im Bildungswesen und in der Verkehrsinfrastruktur sowie eine drastische Verkleinerung des ineffizienten und korrupten Verwaltungsapparats. Umstritten ist dagegen bis heute seine Rolle bei dem Aufbau privater Bürgerwehren („Convivir“), die zumindest in einigen Fällen unter den Einfluss paramilitärischer Gruppen gerieten. Die gesetzliche Grundlage für die „Convivir“ wurde von der Regierung Samper gelegt. Als Innenminister gehörte der gescheiterte liberale Präsidentschaftskandidat Serpa damals ebenfalls zu den erklärten Befürwortern dieser privaten Selbstverteidigungsorganisationen.

Auch wenn in einigen Punkten – u.a. bei dem Aufbau und der Kontrolle der „Convivir“ – durchaus begründete Zweifel an der Amtsführung Uribes als Gouverneur von Antioquia bestehen, gibt es andererseits keine Anhaltspunkte für Verbindungen zu paramilitärischen Gruppen oder zur Drogenmafia, wie sie u.a. von der Kampagne Serpas behauptet wurden. Solche pauschalen Vorwürfe erscheinen als wenig überzeugender Versuch, den jetzt erfolgreichen Kan-

didaten persönlich zu diskreditieren. Bezeichnenderweise hat sich der Kandidat der unabhängigen Linken, Luis Eduardo Garzón, daher auch ausdrücklich geweigert, Uribe Verbindungen zu paramilitärischen Gruppen zu unterstellen.

Während seiner gesamten politischen Laufbahn gehörte die innere Sicherheit zu den besonderen Anliegen Uribes. Dabei spielen zweifellos auch persönliche Erfahrungen eine gewichtige Rolle: Uribes Vater wurde 1983 bei einem Entführungsversuch der FARC ermordet. Durch seine kompromisslose Haltung gegenüber der Guerilla und seine scharfe Kritik an dem von der Regierung Pastrana begonnenen Friedensprozess mit den FARC erwarb sich Uribe den Ruf eines Hardliners. Er selbst versteht sich dagegen als Vertreter einer Politik der „demokratischen Autorität“, mit der dem Rechtsstaat, der in weiten Teilen Kolumbiens kaum präsent ist, Geltung verschafft werden sollte. Nur durch konsequente Stärkung der Staatsautorität sei es möglich, die illegalen bewaffneten Gruppen zu der Aufnahme ernsthafter Friedensverhandlungen zu bewegen.⁸⁾

8) „Vor allem feste Autorität des Staates, um diejenigen zu besiegen, die Journalisten, Lehrer, Gewerkschafter überfallen, entführen und ermorden und Zwangsvertreibungen verüben. Erst an dem Tag, an dem sie sich besiegt fühlen, werden sie verhandeln.“ Zit. „No tengo nada que ocultar“, Interview von Plinio Apuleyo Mendoza mit Alvaro Uribe Vélez, *Cambio*, 25.2.2002.

Uribes politische Position lässt sich nicht klar einordnen. Gilt er vielen wegen seiner Positionen in Fragen der inneren Sicherheit als Mann der politischen Rechten, vertritt er andererseits prononciert sozialpolitische Vorstellungen. Am ehesten wird ihm die Charakterisierung als Pragmatiker gerecht, der den Erfolg politischen Handelns in erster Linie an seinen Ergebnissen misst. Nicht umsonst gehören die Steigerung der Effizienz des Staatsapparats, die Korruptionsbekämpfung und die Modernisierung des politischen Systems zu den Schwerpunkten seines politischen Programms. Persönlich gilt der künftige Präsident, der u.a. auch Postgraduiertenstudien in Harvard und Oxford absolviert hat, als führungsstark und prinzipienfest mit einem gewissen Hang zum Dogmatismus. Auch Kritiker bestreiten nicht seine Effizienz und Durchsetzungsfähigkeit – Fähigkeiten, die ihm in seinem neuen Amt zweifellos zugute kommen werden.

■ Die Schwerpunkte des Regierungsprogramms

Nach seinem überwältigenden Wahlsieg steht der künftige Staatspräsident unter einem ungewöhnlich

hohen Erwartungsdruck. Inmitten der schwersten Krise der neueren kolumbianischen Geschichte verbindet eine große Zahl seiner Wähler mit dem bevorstehenden Regierungswechsel die Hoffnung auf eine baldige Beendigung des bewaffneten Konflikts. Die rasche Vorstellung eines kohärenten Regierungsprogramms gehört daher zu den wichtigsten Aufgaben Uribes, sollen die ohnehin überzogenen Erwartungen seiner Wähler nicht enttäuscht werden. Angesichts der Tragweite der zu treffenden Entscheidungen muss er ferner darum bemüht sein, die künftige Regierung auf eine möglichst breite politische Grundlage zu stellen.

Die ersten Erklärungen des gewählten Präsidenten lassen erkennen, dass er sich dieser Verantwortung bewusst ist. In einer mit großem Ernst und ohne Triumphalismus vorgetragenen Rede rief er zur nationalen Einheit auf und lud seine unterlegenen Rivalen zur Zusammenarbeit ein. Darüber hinaus machte er deutlich, dass er unmittelbar mit der Konkretisierung seines Regierungsprogramms und der Zusammenstellung seines künftigen Kabinetts beginnen werde. Dabei wurde erkennbar, dass Uribe in einigen zentralen Politikfeldern, u.a. der Außenpolitik sowie der Wirtschafts- und Finanzpolitik, Kontinuität zu der Regierung Pastrana anstrebt. Mehr als zwei Monate vor ihrem Amtsantritt am 7. August stellen sich der künftigen Regierung vor allem drei große Herausforderungen: die Verbesserung der Sicherheitslage, die Förderung einer unter sozialen Gesichtspunkten nachhaltigen wirtschaftlichen Konsolidierung und die Reform der politischen Institutionen.

■ **Innere Sicherheit: Stärkung von Militär und Polizei**

Nach einer in der Politikwissenschaft weit verbreiteten Auffassung ist die Gewalteskalation in Kolumbien zu einem erheblichen Teil die Folge eines „partiellen Zusammenbruchs des Staates“.⁹⁾ Vor diesem Hintergrund bildet die Stärkung der demokratisch legitimierten staatlichen Institutionen ohne Zweifel die vordringlichste Aufgabe, der sich die künftige kolumbianische Regierung stellen muss. Auch wenn eine solche Politik keinesfalls auf rein militärische oder polizeiliche Aspekte verengt werden darf, ist sie doch nicht ohne eine nachhaltige Stärkung der staat-

9) Mit diesem von Paul Oquist geprägten Begriff charakterisiert Eduardo Pizarro die Situation Kolumbiens seit Beginn der neunziger Jahre. Vgl. Pizarro, Colombia, a.a.O., S. 14–15.

lichen Sicherheitskräfte vorstellbar. Nur ein Staat, der zumindest ansatzweise sein Gewaltmonopol durchsetzen kann, ist auch in der Lage, die Rechte seiner Bürger in angemessener Form zu gewährleisten. Hinzu kommt, dass Friedensverhandlungen mit einer Guerilla, die aufgrund ihrer Allianz mit Drogenhandel und dem organisierten Verbrechen über keine politische Legitimität verfügt, nur dann erfolgversprechend sind, wenn ein eindeutiges militärisches Kräfteverhältnis zugunsten des Staates besteht. So hält *Macolm Deas*, Politikwissenschaftler der Universität Oxford und ausgewiesener Kolumbien – Experte, neue Friedensgespräche mit den FARC erst dann für vorstellbar, wenn die Guerilla mehr Realismus zeigt und die Regierung ihr bedeutende militärische Niederlagen zugefügt hat.¹⁰⁾

In diesem Sinne entspricht das sicherheitspolitische Konzept Uribes durchaus den Erfordernissen der gegenwärtigen Lage. Mit welchen Mitteln Militär und Polizei in die Lage versetzt werden sollen, die Sicherheitslage entscheidend zu verbessern, und wie diese Maßnahmen finanziert werden sollen, hat der gewählte Präsident bisher allerdings nur in Umrissen erkennen lassen.

Unumstritten ist bei Experten die Notwendigkeit der von Uribe angekündigten Verdoppelung der Truppenstärke von Militär und Polizei. Trotz der von der Regierung Pastrana eingeleiteten Modernisierung der Streitkräfte steht die Truppenstärke des kolumbianischen Militärs noch immer in einem sehr ungünstigen Verhältnis zu der Zahl der Kämpfer, die bei Guerilla und paramilitärischen Gruppen unter Waffen stehen. Nach Ansicht des Verteidigungsexperten Alfredo Rangel besteht die dringende Notwendigkeit, die Zahl der Berufssoldaten um 45 000 und die der Polizisten um 100 000 zu erhöhen. Dies müsse erreicht werden, bevor die Guerilla Gelegenheit habe, durch eine Eskalation von Terrorismus und Sabotageakten die politische und wirtschaftliche Lage nachhaltig zu destabilisieren.¹¹⁾

Eine derart massive Stärkung von Militär und Polizei macht freilich eine beträchtliche Erhöhung des Verteidigungshaushalts¹²⁾ erforderlich, für die angesichts der hohen Staatsverschuldung Kolumbiens nur geringer Spielraum besteht. Will sie das angestrebte Ziel kurzfristig erreichen, wird die künftige Regie-

10) Vgl. „La negociación nunca fue seria“, Interview mit Macolm Deas, *El Espectador*, 24.2.2002.

11) Vgl. Alfredo Rangel Suárez, „Seguridad, contra el tiempo“, *Cambio*, 4.6.2002.

12) Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass der Anteil des Militärhaushalts am Bruttoinlandsprodukt in Kolumbien mit 1,9 Prozent trotz des bewaffneten Konflikts im lateinamerikanischen Vergleich eher gering ist. Diese Angabe entspricht den von dem Verband der Finanzinstitutionen ANIF vorgelegten Daten, vgl. *El Tiempo*, 22.2.2002.

rung kaum in der Lage sein, ihre gegenüber den internationalen Finanzinstitutionen eingegangenen haushaltspolitischen Verpflichtungen zu erfüllen. In diesem Zusammenhang ist vermutlich auch die Ankündigung Uribes zu sehen, das bestehende Abkommen mit dem Internationalen Währungsfonds neu zu verhandeln.

Wesentlich umstrittener ist das Vorhaben Uribes, eine Organisation von „einer Million Zivilisten“ aufzubauen, die als Informanten die staatlichen Sicherheitskräfte unterstützen sollen. Von einigen Militärexperten wird dies angesichts der mangelnden Effizienz der kolumbianischen Streitkräfte für ein geeignetes und noch dazu kostengünstiges Modell gehalten, die Sicherheitslage zu verbessern und das militärische Kräfteverhältnis zugunsten des Staates zu verändern. Kritiker befürchten dagegen, dass eine solche Organisation kaum kontrollierbar wäre und unter den gegebenen Bedingungen leicht unter den Einfluss paramilitärischer Gruppen geraten könnte. Die Erfahrung der „Convivir“ scheint solche Befürchtungen zu bestätigen. Für die Glaubwürdigkeit Uribes in Menschenrechtsfragen wird daher viel davon abhängen, ob und ggf. in welcher Form er an diesem Plan festhält. Darüber hinaus wird Uribe vor allem im Ausland nicht zuletzt daran gemessen werden, ob er auch gegen die AUC und die zwischen diesen und Teilen des Militärs bestehenden Verbindungen mit der notwendigen Härte vorgehen wird.

Für den Erfolg Uribes wird viel davon abhängen, ob es ihm gelingt, die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft für seine Politik zu gewinnen und die vor allem bei Menschenrechtsorganisationen bestehenden Vorbehalte zu zerstreuen. Dies gilt nicht zuletzt in Hinblick auf die Bewilligung weiterer Militärhilfe durch den US-amerikanischen Kongress und deren mögliche Verwendung im Kampf gegen Guerilla und paramilitärische Gruppen. Auch dem Verhältnis zur Europäischen Union und nicht zuletzt zu den Vereinten Nationen wird bei den Bemühungen um eine dauerhafte Lösung des bewaffneten Konflikts zentrale Bedeutung zukommen.

Große Aufmerksamkeit fand in diesem Zusammenhang Uribes in seiner Rede am Wahlabend gemachte Ankündigung, sich um eine Vermittlung der Vereinten Nationen zur Aufnahme von Gesprächen

13) „Morgen [...] werden wir zu arbeiten beginnen, um eine internationale Vermittlung anzurufen, [...] um den Dialog mit den illegalen Gruppen zu suchen, mit einer Grundvoraussetzung: dass der Terrorismus aufgegeben und ein Waffenstillstand ermöglicht wird.“ Zit. *El Tiempo*, 27.5.2002.

14) Vgl. *El Tiempo*, 27.5.2002.

mit den illegalen bewaffneten Gruppen bemühen zu wollen. Vorbedingung für Friedensgespräche mit den illegalen bewaffneten Gruppen sei allerdings deren Bereitschaft zu einem Waffenstillstand und zur Aufgabe des Terrorismus.¹³⁾ Die Erfolgsaussichten einer solchen Mission erscheinen unter den gegenwärtigen Umständen zwar außerordentlich gering. Mit seiner Ankündigung gibt der künftige Präsident aber – nicht zuletzt gegenüber der internationalen Gemeinschaft – zu erkennen, dass sein Ziel nicht die militärische Vernichtung der Guerilla, sondern eine politische Lösung des bewaffneten Konflikts unter Einbeziehung der internationalen Gemeinschaft ist.

Die große Bedeutung, welche der künftige Staatspräsident den internationalen Beziehungen beimisst, kommt auch in der Entscheidung zum Ausdruck, den angesehenen Botschafter Kolumbiens in Washington, Luis Alberto Moreno, zu bestätigen. Alles deutet darauf hin, dass Uribe in der Außenpolitik im Wesentlichen an der Linie seines Amtsvorgängers Pastrana festhalten wird, zu dessen bleibenden Erfolgen es gehört, die internationale Glaubwürdigkeit Kolumbiens – nach Jahren der Isolation während der Regierungszeit von Ernesto Samper – wiederhergestellt zu haben.

■ Fortsetzung der wirtschaftlichen Konsolidierungspolitik

Auch in der Wirtschafts- und Finanzpolitik wird es durch den bevorstehenden Regierungswechsel aller Voraussicht nach zu keinen wesentlichen Veränderungen kommen. Die von der Regierung Pastrana eingeleitete Konsolidierungspolitik wird ebenso fortgesetzt werden wie die Zusammenarbeit mit den internationalen Finanzinstitutionen. Zwar hatte Uribe diese ebenso wie die kolumbianische Zentralbank in seiner Rede am Wahlabend aufgefordert, ihre Politik „umzuorientieren“ und stärker an sozialen Gesichtspunkten auszurichten,¹⁴⁾ doch wurde in den folgenden Tagen deutlich, dass damit kein grundsätzlicher Politikwechsel gemeint war.

Vor allem die Berufung von Roberto Junguito, bisher Repräsentant des Internationalen Währungsfonds für Kolumbien, zum künftigen Finanzminister gewährleistet, dass die bisherige Konsolidierungspolitik konsequent fortgesetzt wird. Der Konservative

Junguito, während der Regierung Betancur Mitte der achtziger Jahre bereits einmal Finanzminister, gilt als überzeugter Marktwirtschaftler und Anhänger einer restriktiven Ausgabenpolitik. Die Nominierung Junguitos macht deutlich, dass ein vorrangiges Ziel der Wirtschafts- und Finanzpolitik der Regierung Uribe darin bestehen wird, die Voraussetzungen für eine dauerhafte Konsolidierung der Staatsfinanzen zu schaffen.

Darüber hinaus lässt diese Personalentscheidung das Interesse des künftigen Präsidenten an einer Fortsetzung der Zusammenarbeit mit dem Internationalen Währungsfonds erkennen. Mit Blick auf die Verlängerung des Ende November 2002 auslaufenden Abkommens mit dem IWF strebt Uribe aber offenbar die Aufnahme von Sonderregelungen an, die größere Flexibilität bei der Reduzierung der Staatsverschuldung ermöglichen und damit der besonderen Lage Kolumbiens in der gegenwärtigen Konflikt-situation Rechnung tragen sollen.¹⁵⁾ Dies scheint in der Tat unumgänglich zu sein, da die künftige Regierung vor allem zusätzlichen Spielraum für die notwendige Erhöhung des Verteidigungshaushalts benötigt. Die Möglichkeiten, diesen durch Ausgabenkürzungen zu schaffen, sind sehr begrenzt und dürften sich vor allem auf die von Uribe angekündigten Einsparungen durch die Reduzierung des Staatsapparats beschränken. Dagegen scheint eine Reduzierung des Sozialtats unter den gegebenen Umständen weder vertretbar noch politisch durchsetzbar zu sein.

Zu den wichtigsten wirtschaftspolitischen Aufgaben wird die rasche Verwirklichung der ausstehenden wirtschaftlichen Strukturreformen gehören, die ebenfalls einen Bestandteil der mit dem IWF getroffenen Vereinbarungen bilden. An erster Stelle ist dabei die Reform der Rentenversicherung zu nennen, die vor allem auf eine Beseitigung der Sonderregelungen für bestimmte Berufsgruppen abzielen wird, welche die Finanzierungsgrundlage des kolumbianischen Rentenversicherungssystems zunehmend aushöhlen. Darüber hinaus ist zu erwarten, dass es zu einer neuerlichen Steuerreform und einer Neuregelung der Arbeitsmarktgesetzgebung kommen wird. Möglicherweise wird dabei auch versucht werden, – soweit im Rahmen der angespannten Haushaltssituation mög-

15) Vgl. hierzu die Analyse des wirtschaftspolitischen Programms Uribes in *El Espectador*, 2.6.2002.

lich – mit steuerlichen Anreizen die konjunkturelle Belebung zu fördern.

Einigkeit besteht bei Beobachtern darüber, dass die anstehenden Reformprojekte möglichst bald vorgelegt werden müssen, um das für die künftige Regierung günstige Meinungsklima und die derzeit bestehenden klaren parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse zu nutzen. Dies ist aber auch erforderlich, um das Vertrauen ausländischer Investoren in die Stabilität der kolumbianischen Volkswirtschaft zu stärken und nicht zuletzt, um den finanziellen Spielraum für die von Uribe angekündigten zusätzlichen Maßnahmen im Bereich der inneren Sicherheit sowie in der Sozial- und Bildungspolitik zu schaffen.

■ Die Reform der politischen Institutionen

Neben dem Kampf gegen Terrorismus und Gewalt hat Uribe im Wahlkampf die Bekämpfung der Korruption und die Reform der politischen Institutionen zu dem zweiten zentralen Element seiner Kampagne gemacht. Auch in diesem Bereich richten sich daher hohe Erwartungen an die neue Regierung.

Dringend notwendig erscheint vor allem eine Reform des Wahl- und Parteienrechts, das in seiner gegenwärtigen Form Klientelismus und Parteienzersplitterung begünstigt. So knüpft das geltende Parteienrecht nur minimale Bedingungen an die Zulassung politischer Bewegungen, die im Wesentlichen mit politischen Parteien gleichgestellt sind. Insgesamt sind derzeit in Kolumbien 76 Parteien und politische Bewegungen registriert, die wiederum berechtigt sind, bei den Kongresswahlen eine Vielzahl von Listen zu unterstützen. Da das Wahlrecht überdies die Listen mit einem geringen Stimmenanteil überproportional begünstigt, versuchen die beiden traditionellen Parteien – Liberale und Konservative Partei – durch die Unterstützung einer möglichst großen Anzahl von Listen eine maximale Zahl von Mandaten im Kongress zu gewinnen.

Bei den diesjährigen Kongresswahlen waren insgesamt 1265 Listen zugelassen, deren Mehrzahl auf die Rückendeckung der beiden Traditionsparteien zählen konnten. So unterstützte die Liberale Partei insgesamt 593, die Konservative Partei 117 Listen. Diese wurden ihrerseits im Wesentlichen von Klient-

telverbänden dominiert, die sich um regional einflussreiche Führungspersönlichkeiten gruppieren.

Eine Folge dieses Wahlsystems besteht darin, dass die parlamentarischen Entscheidungsprozesse oftmals weniger von politischen Gesichtspunkten – so gibt es z.B. keine nach Parteizugehörigkeit gebildeten Fraktionen –, als von Einzelinteressen bestimmt werden. Insbesondere hat sich der Kongress in den vergangenen Jahren als unfähig erwiesen, die notwendigen gesetzlichen Rahmenbedingungen für eine durchgreifende Reform der politischen Institutionen auf den Weg zu bringen. Der Versuch, durch eine Neuregelung des Wahl- und Parteienrechts die Rahmenbedingungen für eine Modernisierung des Parteiensystems zu schaffen, scheiterte allein während der Regierungszeit von Präsident Pastrana dreimal am Widerstand der Parlamentsmehrheit.

Die Chancen, eine „politische Reform“ durchsetzen zu können, haben sich mit dem Wahlsieg Uribes deutlich verbessert. Sein hoher Wahlsieg gibt dem neuen Präsidenten eine außergewöhnlich starke Legitimität, die es dem – noch dazu durch zahlreiche Betrugsskandale im Zusammenhang mit den Kongresswahlen vom 10. März geschwächten – Kongress nahezu unmöglich machen wird, sich einer durchgreifenden Reform weiter zu verschließen.

Es ist zu erwarten, dass Uribe diese künftige Konstellation für die rasche Verwirklichung einer „politischen Reform“ nutzen wird, die ihm zweifellos auch als persönlicher Erfolg gutgeschrieben würde. Bisher ist allerdings nicht bekannt, welche Elemente eine solche Reform nach den Vorstellungen des künftigen Präsidenten umfassen soll. In seiner Wahlkampagne hat sich Uribe nur auf einzelne, zum Teil eher vordergründige Programmpunkte wie die Verkleinerung des Kongresses und Maßnahmen der Korruptionsbekämpfung konzentriert, ohne ein in sich kohärentes Reformprojekt vorzustellen. Mit der Senatorin Claudia Blum und dem früheren Verteidigungsminister Rafael Pardo gehören allerdings einige langjährige, über Parteigrenzen anerkannte Wortführer der „politischen Reform“ zu den Beratern Uribes. Sollten diese – wie allgemein erwartet – maßgeblichen Einfluss auf die inhaltliche Gestaltung des Reformvorhabens nehmen, dürfte dieses, ähnlich wie die gescheiterte Initiative der Regierung Pastrana, in ers-

ter Linie auf eine Neuregelung des Wahl- und Parteienrechts abzielen, um geeignete Rahmenbedingungen für die Modernisierung des Parteiensystems zu schaffen.

■ Die neue innenpolitische Machtkonstellation

Ohne Zweifel bedeutet der Ausgang der Präsidentschaftswahlen für die beiden traditionellen Parteien Kolumbiens, die Liberale und die Konservative Partei, eine empfindliche Niederlage. Erstmals musste sich ein Präsidentschaftskandidat der Liberalen Partei einem Dissidenten aus den eigenen Reihen – noch dazu im ersten Wahlgang – geschlagen geben. Daran ändert auch die Tatsache nichts, dass Uribe selbst dem liberalen Parteiestablishment entstammt. Er hat seinen Wahlkampf nicht nur unabhängig von dem liberalen Parteiapparat geführt, sondern sich geschickt als Wortführer einer Erneuerung der politischen Kultur profiliert. Sein Sieg erscheint damit zugleich als Absage an die Klientelstrukturen der traditionellen Parteien und einen nicht mehr zeitgemäßen, caudillistischen Politikstil, wie er von dem liberalen Präsidentschaftskandidaten Horacio Serpa verkörpert wurde.

Noch ungünstiger als die der Liberalen ist die Situation der Konservativen Partei, deren erst im Januar nominierter Präsidentschaftskandidat Juan Camilo Restrepo angesichts anhaltend schlechter Umfragewerte nach den Kongresswahlen im März von seiner Kandidatur zurückgetreten war. Trotz interner Widerstände entschloss sich die Parteiführung daraufhin zu einer Unterstützung Uribes, ohne allerdings zu diesem Zeitpunkt noch nennenswerten Einfluss auf dessen Wahlprogramm nehmen zu können. Im Wahlkampf war die Konservative Partei damit erstmals seit Jahrzehnten nicht mehr mit einem eigenen Kandidaten vertreten.

Dennoch wird das Wahlergebnis kurzfristig kaum etwas an der Vormachtstellung der klientelistisch geprägten Parteistrukturen ändern. Nach wie vor ist die überwiegende Mehrheit der Kongressabgeordneten entweder der Liberalen oder der Konservativen Partei oder nur formal „unabhängigen“ Bewegungen zuzurechnen, die wiederum in erster Linie Partikularinteressen vertreten und außerdem meist enge Bindungen zu einer der beiden Traditionsparteien unter-

halten. Bei der von Uribe gegründeten Bewegung „Primero Colombia“ handelt es sich um eine reine Wahlkampforganisation, aus der sich ebenfalls keine neue politische Kraft entwickeln dürfte.

Unter diesen Umständen wird die künftige innenpolitische Machtkonstellation vor allem davon abhängen, wie sich die beiden traditionellen Parteien gegenüber der Regierung positionieren werden. Im Falle der Konservativen Partei ist zu erwarten, dass diese – zumindest in der Anfangsphase der neuen Regierung – versuchen wird, als Teil der Regierungsmehrheit neues Profil zu gewinnen. Für den Erfolg dieser Strategie wird es vor allem darauf ankommen, ob innerhalb des konservativen Spektrums neue, unverbrauchte Führungsfiguren sichtbar werden, die den dringend notwendigen Erneuerungsprozess der Partei voranbringen können.

Weniger klar erscheint derzeit noch die künftige Rolle der Liberalen Partei, in der die „Uribisten“ den Anhängern des unterlegenen Präsidentschaftskandidaten Horacio Serpa gegenüberstehen, der einstweilen noch die Parteiführung innehat. Während sich maßgebliche Kräfte, allen voran der einflussreiche ehemalige Staatspräsident Alfonso López Michelsen, für eine „Wiedervereinigung“ der Liberalen Partei unter Führung Uribes aussprachen, befürwortet Serpa ein konstruktives, aber kritisches Verhältnis gegenüber der künftigen Regierung.¹⁶⁾ Allein aus machstrategischen Gesichtspunkten ist es wahrscheinlich, dass die Mehrheit der liberalen Kongressabgeordneten Uribe unterstützen wird. Denkbar erscheint allerdings die taktisch motivierte Abspaltung eines Teils des von Serpa geführten Parteiflügels vor allem für den Fall, dass Uribe bereits während seines ersten Amtsjahres stark an Popularität verlieren sollte.

Aller Voraussicht nach wird die Regierung Uribe damit zumindest am Anfang ihrer Regierungszeit über eine überaus breite parlamentarische Mehrheit verfügen können. Allein mit der Gruppe der Kongressabgeordneten, die ihn im Wahlkampf unterstützt haben, verfügt Uribe über eine absolute Mehrheit in beiden Kammern. Erklärtermaßen in Opposition zu der neuen Regierung steht derzeit lediglich die unabhängige Linke mit dem „Frente Social y Político“ von Luis Eduardo Garzón. Auch diese Gruppierung ist jedoch keineswegs geschlossen. Gar-

16) Wörtlich sprach der unterlegene Präsidentschaftskandidat vor Kongressabgeordneten am 4. Juni von einer „konstruktiven Zusammenarbeit mit kritischer Unabhängigkeit“, die für die Beziehungen zwischen Liberaler Partei und Regierung maßgeblich sein solle. Zit. nach Homepage *El Tiempo* (<http://www.eltiempo.com>), 4.6.2002.

zóns Gegenspieler, dem Senator Antonio Navarro Wolf, werden Absichten nachgesagt, u.a. in Fragen der politischen Reform ein Arrangement mit der Regierung Uribe zu suchen. Ob sich die unabhängige Linke auf der Grundlage des von Garzón bei den Präsidentschaftswahlen erzielten Resultats dauerhaft als politische Kraft konsolidieren kann, muss unter diesen Umständen zumindest zweifelhaft erscheinen.

Vor diesem Hintergrund wird von einigen Beobachtern bereits die Sorge geäußert, es könne zu einer neuen „Nationalen Front“¹⁷⁾ kommen, der keine funktionsfähige politische Opposition gegenüberstehen werde. Trotz der sich abzeichnenden klaren Mehrheitsverhältnisse scheinen solche Befürchtungen überzogen zu sein. Zu stark scheint hierfür das Misstrauen eines großen Teils der Bevölkerung zu sein, wie es gerade bei den Präsidentschaftswahlen zum Ausdruck gekommen ist. Zudem hat die Atomisierung der politischen Parteien in den vergangenen Jahren zwar nicht zu einer Auflösung der Klientelstrukturen, aber doch zu einer Schwächung der Parteiapparate geführt, die eine Kontrolle der parlamentarischen Mehrheiten wesentlich erschwert.

Darüber hinaus ist zu bedenken, dass Kolumbien sich derzeit in einer außergewöhnlichen Krisensituation befindet, welche die politischen Institutionen vor die Aufgabe stellt, Richtungsentscheidungen von großer politischer Tragweite zu treffen. Nach dem Scheitern des Friedensprozesses mit den FARC ist der bewaffnete Konflikt in eine möglicherweise entscheidende Phase eingetreten. So steht Kolumbien nach Ansicht des Politikwissenschaftlers Alfredo Rangel vor einem „gewaltsamen Intermezzo“, d.h. einer militärischen Konfrontation, die über die Ausgangsposition von Regierung und FARC für künftige Friedensverhandlungen entscheiden werde.¹⁸⁾ Vor diesem Hintergrund sind sowohl eine starke, demokratisch legitimierte Exekutive als auch ein politischer Grundkonsens mit breiten parlamentarischen Mehrheiten erforderlich. Es scheint, als seien mit dem Wahlergebnis vom 26. Mai die Grundlagen für eine solche politische Konstellation gelegt worden.

■ Literaturhinweise

Eduardo Pizarro Leongómez, „Colombia. Situación actual y perspectivas futuras de un país en conflicto.

17) Bis in die siebziger Jahre bestand zwischen den beiden Traditionsparteien eine Machtteilung im Rahmen der sogenannten Nationalen Front mit einem alternierenden Wechsel liberaler und konservativer Präsidenten.

18) Vgl. *El Tiempo*, 1.3.2002.

Un desafío para la cooperación de Europa“, *Europa América Latina*, N° 4, 11 / 2001

International Crisis Group (ICG), „Colombia’s elusive quest for peace“, *Latin America Report* N° 1, 26.3.2002

Außerdem wurden Artikel aus folgenden Tageszeitungen und Zeitschriften verwendet:

El Tiempo

El Espectador

Semana

Cambio